



Gesundheitsprämien-Modell: unumkehrbare Weichenstellung

CDU und CSU haben sich auf der Grundlage der Beschlüsse des Leipziger Parteitages auf einen Umstieg aus den bisherigen System der Krankenversicherung hin zu einem solidarischen Gesundheitsprämien-Modell verständigt.

Bei der Vorstellung der Leitsätze attestierte die Vorsitzende der CDU Deutschlands Angela Merkel dem deutschen Gesundheitswesen einen enormen Reform-

bedarf. Ohne Reformen würden entweder die Lohnzusatzkosten weitersteigen und Arbeitsplätze abgebaut werden oder die medizinischen Leistungen müssten gekürzt werden. „Das ist für die CDU nicht akzeptabel“, erklärte Angela Merkel. Spitzenmedizin müsse auch in Zukunft allen Bürgerinnen und Bürgern – unabhängig vom Einkommen und Alter – zur Verfügung stehen. Mit dem Gesundheitsprämien-Modell

von CDU und CSU sei es gelungen, den Teufelskreis von steigenden Ausgaben auf der einen Seite und schwindenden Einnahmen auf der anderen Seite zu durchbrechen, zeigte sich die CDU-Vorsitzende zufrieden. Der CSU-Vorsitzende, Edmund Stoiber, sprach von einer „Weichenstellung“. Steuer- und Gesundheitskonzept der Union seien nun verzahnt. Kern des Gesundheitsprämien-Modells ist eine „Ge- ▶

► samt-Gesundheitsprämie“, dienachzeitigem Stand €169 beträgt. Sie ist ein einheitlicher Betrag, den die Kassen für jeden Versicherten unabhängig von dessen Einkommen, Alter, Gesundheit, Geschlecht oder Familienstand erhalten. Diese Prämie entspricht den durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Kassen pro Versicherten. Die Gesamt-Gesundheitsprämie setzt sich zusammen aus einer persönlichen Gesundheitsprämie und einer Arbeitgeberprämie. Die persönliche Gesundheitsprämie wird kassenspezifisch ermittelt und beträgt für jeden Erwachsenen auf heutiger Basis monatlich €109, maximal jedoch 7% des Einkommens. Die Arbeitgeberprämie beträgt nach heutigem Stand €60. Für Kinder solle keine eigene Gesundheitsprämie fällig werden, unterstrich die CDU-Vorsitzende. Ziel sei es, dass ihre Mitversicherung von der Allgemeinheit getragen und aus Steuermitteln finanziert werde. Dazu solle der Spitzensteuersatz von 42 auf 39% statt wie bisher vorgesehen auf 36% gesenkt werden.

Bei der Arbeitgeberprämie werden die bisher dynamischen Arbeitgeberbeiträge auf grundsätzlich 6,5% des beitragspflichtigen Einkommens festgeschrieben. Die Arbeitgeberbeiträge bleiben damit fester Lohnbestandteil, werden aber von der künftigen Ausgabendynamik, die sich aus dem demographischen Wandel der Gesellschaft und dem medizinisch-technischen Fortschritt ergibt, abgekoppelt. Das verbessert die Anreize für die Arbeitgeber, Arbeitsplätze zu schaffen. Der festgeschriebene Arbeitgeberanteil und die Beiträge der Sozialversicherungsträger zur Krankenversicherung fließen künftig in ein Sondervermögen. Aus dem Aufkommen dieser Arbeitgeberanteile wird der Solidarausgleich für Versicherte, bei denen die persönliche Gesundheitsprämie 7% des Einkommens übersteigt, innerhalb des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert. Außerdem wird aus ihm die für jeden Versicherten gleiche Arbeitgeberprämie gebildet. Die Vorteile des Gesundheitsprä-

mien-Modells gegenüber der sogenannten Bürgerversicherung, die Rot-Grün vorschlägt:

- Mit dem Modell ist erstmals eine Basis für einen neuen sozialen Ausgleich und für transparentere Gesundheitskosten geschaffen worden.
- Wettbewerb zwischen den Kassen und Versicherungen wird ermöglicht.
- Durch die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages auf 6,5% und die Steuerfinanzierung der Kinder werden Arbeitskosten in beträchtlichem Umfang und unumkehrbar von den Gesundheitskosten entkoppelt.
- Durch Wettbewerb und Transparenz kann der Gesundheitssektor erstmals sein Potenzial als Wachstumsbranche ausnutzen.

Den Text der Leitsätze und den Redetext der CDU-Vorsitzenden bei der Vorstellung des Modells vor der Bundespressekonferenz finden Sie in der Dokumentation oder unter www.cdunet.de

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Erklärung

Tag des Mauerfalls 2004



Zum Tag des Mauerfalls 2004 gaben das Präsidium und der Bundesvorstand der CDU Deutschlands folgende Erklärung ab:

Mit Freude und Stolz denken wir daran, dass durch das mutige Engagement vieler Menschen in der früheren DDR, durch die Unterstützung unserer Partner im Westen, durch die Hilfe unserer Nachbarn im Osten und durch die konsequente Politik der CDU die Einheit unseres Vaterlandes erreicht werden konnte. Die-

ser Prozess, der ohne das hohe internationale Ansehen von Bundeskanzler Kohl undenkbar gewesen wäre, begann mit der Öffnung von Mauer und Stacheldraht am 9. November 1989 und fand sein Ziel in der Nacht der Einheit am 3. Oktober 1990.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs hat in Europa ein neues Zeitalter der Freiheit begonnen. Die Völker haben die ihnen aufgezwungenen totalitären Herrschaftssysteme abgeschüttelt. Mit ihrem Einsatz für Freiheit und

Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft haben die Menschen in den Staaten Osteuropas die marxistische Theorie und diesozialistische Praxis eindrucksvoll widerlegt. Die CDU konnte diesen politischen Prozess gestalten, weil sie gegen alle Strömungen des Zeitgeistes am Ziel der nationalen Einheit unbeirrbar festgehalten hat. Ohne die schnelle Verwirklichung staatlicher und wirtschaftlicher Einheit wäre es nie gelungen, jahrzehnte-

lange Teilung und Spaltung zu überwinden.

Historische Chance

Die Völker Europas haben die historische Chance, die mit dieser Entwicklung verknüpft war, erkannt und genutzt. Zusammen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten hat Europa zu Beginn dieses neuen Jahrhunderts die Folgen von Krieg und Teilung überwunden. Die erweiterte Europäische Union ist Garant für Frieden, politische Stabilität und Wohlstand in ganz Europa. Gerade wir Deutschen, die in dem europäischen Land mit den meisten Nachbarn leben, profitieren von diesem historischen Fortschritt. Als europäische Deutsche und deutsche Europäer wissen wir: Deutschlands Zukunft liegt in einem geeinten Europa.

Nationale Identität

Wir Deutschen nehmen die ganze Geschichte Deutschlands an. Wir stellen uns unserer historischen Verantwortung dort, wo in deutschem Namen schweres Unrecht begangen wur-

de. Wir Deutschen wissen aber auch um den unendlichen Reichtum unserer Kultur und unserer Geschichte, auf den wir zu Recht stolz sein dürfen.

Ausdruck dieses nationalen Selbstbewusstseins ist der Tag der Deutschen Einheit. Dieser Tag bringt zum Ausdruck, was uns Deutschen gemeinsam ist. Der 3. Oktober ist ein Tag unserer nationalen Identität. Zum Wesen solcher Feiertage mit historischen Bezügen gehört, dass solche Tage unabhängig vom jeweiligen Wochentag an dem Kalendertag begangen werden, an dem das geschichtlich bedeutsame Ereignis auch tatsächlich stattfand.

Kostbare Erinnerungen

Es offenbart ein ungeheures Maß an nationaler Würdelosigkeit, dass die Bundesregierung ernsthaft erwogen hat, das Datum des Nationalfeiertages um eines geringen ökonomischen Vorteils willen zur Disposition zu stellen. Der Tag der Deutschen Einheit ist eine zu kostbare Erinnerung, die nicht durch die Geschäftigkeit eines normalen Werktages überlagert oder gar verdrängt werden darf. Der 3.

Oktober bündelt wie in einem Brennglas die Gemeinsamkeit unseres kulturellen und geschichtlichen Erbes und unseres gemeinsamen Willens zu Freiheit und Einheit. Jede Gesellschaft ist auf solche Tage der Selbstvergewisserung angewiesen. An solchen Tagen machen wir uns immer wieder neu bewußt, auf welcher Grundlage und mit welchen Zielen wir Deutschen unsere Gegenwart gestalten und unsere Zukunft planen.

Deutschland braucht ohne jede Frage Wachstum, um seinen Wohlstand halten und die soziale Sicherheit zukunftsfest machen zu können. Aber es wäre ein folgenschwerer Irrtum, wenn alle Lebensvollzüge in Deutschland einer totalen Ökonomisierung unterworfen würden. Einem solchen Menschen- und Gesellschaftsbild erteilt die CDU eine strikte Absage.

Die CDU hält am 3. Oktober als unserem nationalen Feiertag fest. Wenn Deutschland in schwierigen Zeiten sich anstrengen muss, dann gibt es genügend andere Wege, solche Anstrengungen zu leisten als die Preisgabe des 3. Oktober. Wir sind davon überzeugt, dass eine Mehrheit der Deutschen zu dieser Anstrengung bereit ist.

Laurenz Meyer: 365

Schluss mit der Schönrechnerei!

Erklärung zu den Erwerb- stätigenzahlen im dritten Quartal

Schon die monatlichen Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit geben keine echte Auskunft über die tatsächliche Lage am Arbeitsmarkt. Aber die Erwerb-
stätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes taugen erst recht nicht als Beleg für die Wirtschaftsentwicklung. In diesen Zahlen überlagern die 400-Eurojobs und die ICH-AGs die wahre Entwicklung am Arbeitsmarkt.

Die bittere Wahrheit ist, dass die Zahl der sozialversi-



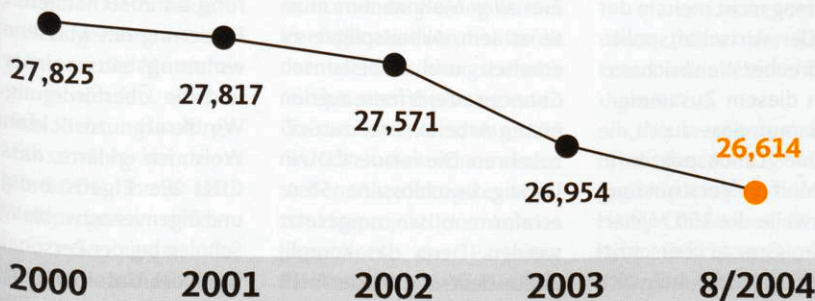
Laurenz Meyer

cherungspflichtigen Vollbeschäftigten Monat für Monat weiter zurückgeht. Die Folge: Sozialversicherungssysteme und öffentliche Haushalte stehen kurz vor

dem Zusammenbruch. Dieses Desaster am Arbeitsmarkt kann nur durch wirkliche Strukturreformen geändert werden. Die Bundesregierung muss endlich den Mut und die Kraft aufbringen zu Reformen am Arbeitsmarkt, bei der Besteuerung und bei den sozialen Sicherungssystemen. Das von der Regierung für die nächsten zwei Jahre angekündigte Nichtstun zeigt ein hohes Maß an Verantwortungslosigkeit und Herzlosigkeit gegenüber den Menschen in Deutschland

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland

(Beschäftigte in Mio.)



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland 2004

Nordrhein-Westfalen

Mehr Arbeit, mehr Bildung, weniger Staat

Mit einer neuen Wirtschaftspolitik will die nordrhein-westfälische CDU die Region zwischen Rhein und Ruhr wieder zum dynamischen Wirtschaftszentrum Deutschlands und Europas machen.

Das erklärten Jürgen Rüttgers und der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Weisbrich, bei der Vorstellung der wirtschaftspolitischen Leitsätze. „Wir setzen auf unternehmerische Initiative, auf eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft, auf Innovation, Wettbewerb und Wachstum und auf Menschen mit Mut zu Veränderungen“, erklärte der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes, Jürgen Rüttgers. Die seit fast 40 Jahren regierende Sozialdemokratie sei zu einem Neuanfang nicht mehr in der Lage. Der wirtschaftspolitische Sprecher Weisbrich verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass durch die rot-grüne Landespolitik in Düsseldorf die Verschuldung mittlerweile die 100 Milliarden Euro-Grenze überschritten habe und die Investitionsquote des Landes auf historischen Tiefststand gesun-

ken sei. Noch nie in der Geschichte des Landes habe es mehr Arbeitslose und mehr Unternehmenspleiten zwischen Rhein und Ruhr gegeben.

„Noch nie hat ein Land Probleme dadurch gelöst, dass es weniger arbeitet“, unterstrichen Jürgen Rüttgers und Christian Weisbrich. Deshalb müssten Studien und Ausbildungszeiten verkürzt, flexiblere Arbeitszeiten ermöglicht, Frühverrentungsanreize abgeschafft und freiwillige Arbeit über das 65. Lebensjahr hinaus gefördert werden. Darüber hinaus fordert die nordrhein-westfälische CDU ein transparentes und verlässliches Arbeitsrecht sowie ein flexibles und wettbewerbsgerechtes Tarifrecht. Ziel aller Maßnahmen müsse es sein, Arbeitsplätze zu erhalten und Arbeitslosen Chancen zu eröffnen, auf den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Die von der CDU in Leipzig beschlossene Steuerreform müsse umgesetzt werden. Denn das komplizierte deutsche Steuerrecht sei ein schwerwiegender Standortnachteil im interna-



Christian Weisbrich und Jürgen Rüttgers

tionalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und Zukunftschancen. Der Spitzenkandidat für die Landtagswahl im nächsten Jahr kündigte an, dass die CDU im Interesse der Finanzierung einer großen Steuerreform bereit sei, unvoreingenommen Subventionen auf den Prüfstand zu stellen. „Wir werden in die Zukunft investieren statt immer neu die Kosten der Vergangenheit zu bezahlen“, so Rüttgers. Deshalb werde die CDU die Steinkohleförderung bis 2010 halbieren, die Förderung des Massenmietwohnungsbaus einstellen und die Überförderung der Windkraft zurückfahren. Weisbrich erklärte, dass die CDU die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen bei der Personalauswahl, der Unterrichtsorganisation und der Sachmittelbewirtschaftung stärken wolle.

Schleswig-Holstein

Erneuerung mit Verstand

Gut 100 Tage vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hat die Nord-CDU inhaltliche und personelle Weichen für die Auseinandersetzung mit der rot-grünen Landesregierung gestellt.



Angela Merkel und Peter Harry Carstensen

Mit heftiger Kritik an der rot-grünen Landesregierung hat der mit 94 % in seinem Amt beständige schleswig-holsteinische Landesvorsitzende und Spitzenkandidat, Peter Harry Carstensen, seine Parteifreunde auf den Wahlkampf eingeschworen. „Diese Regierung hat keine Visionen mehr, sie ist verbraucht, lustlos und müde“, betonte Carstensen auf einem Landesparteitag der Nord-CDU in Travemünde. Die Schuldenpolitik der Regierung habe „den Zug der Hemmungslosigkeit“ angenommen. Daher müssten die Menschen überzeugt werden, dass es um eine Richtungswahl gehe. Einstimmig beschloss die Nord-CDU ihr 90-seitiges Wahlprogramm mit dem Titel „Erneuerung mit Verstand“ für die Landtagwahl beschlossen. Im Mittelpunkt des „Regierungsprogramms“

stehen dabei Wachstumsförderung und Bürokratieabbau. Peter Harry Carstensen erklärte, es sei ein ehrliches Programm auf den Tisch gelegt worden. „Wir können mit Substanz nach draußen gehen.“ Er kündigte an, in zehn Jahren einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorlegen zu wollen. Die Neuverschuldung soll innerhalb von zehn Jahren auf Null gebracht werden. Der rot-grünen Landesregierung warf er Versagen in allen Politikfeldern vor. Im Bildungsbereich akzeptierten die Delegierten Carstensens Vorschlag, 650 Grundschullehrer neu einzustellen. Als wichtigstes Infrastrukturprojekt des Landes bezeichnete der Parteitag die Autobahn A 20. Der Bau sei zu beschleunigen und die Elbe bei Glückstadt zu que-

ren. Zudem forderten die Delegierten einen Abbau der Umweltbürokratie. Es müsse geändert werden, dass es 1.300 Mitarbeiter in der Umweltbürokratie gebe und nur 1.000 Kriminalbeamte.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, versprach dem Landesverband

Rückenwind aus Berlin und kündigte an, selbst im Landtagswahlkampf aufzutreten. „Die gesamte Bundespartei empfindet Ihren Wahlkampf auch als ein Stück unseres Wahlkampfes“, so die Vorsitzende. Die Chancen für einen Wechsel schätzte Angela Merkel hoch ein. Die SPD sei nach 17 Jahren müde und ausgezehrt. Außerdem ver füge die Nord-CDU mit ihrem Spitzenkandidaten, Peter Harry Carstensen, über einen „Mann der Tatkraft, Entschiedenheit und Beständigkeit.“

„Wir werden am 20. Februar die Wahl gewinnen“, sagte Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen. Die CDU habe Geschlossenheit und Kampfeswillen gezeigt. „Dieser Parteitag ist ein Aufbruchsignal.“

Job-Verlust geht weiter:

Der Stellenabbau in der deutschen Wirtschaft wird sich nach Angaben des Ifo-Instituts trotz des leichten Konjunkturaufschwungs quer durch viele Branchen fortsetzen. Dies geht aus dem Konjunkturtest für Oktober hervor. Demnach wollen z.B. in der westdeutschen Bauwirtschaft 45% der Firmen in den nächsten Monaten Arbeitsplätze streichen. Im ostdeutschen Einzelhandel gehen 30% der Betriebe von Stellenstreichungen in den kommenden Monaten aus. Auch im Großhandel und in der Industrie dürfte der Stellenabbau laut Ifo weiter gehen.

IWF fordert weitere Reformen:

Der Internationale Währungsfonds (IWF) korrigiert in seiner jüngsten Konjunkturprognose die Wachstumserwartung für Deutschland für dieses Jahr von 2% auf 1,8% und für 2005 von 1,8% auf 1,5%. Die IWF-Experten nennen drei strukturelle Probleme, die das Wachstum in Deutschland bremsen: die schleppende Konsolidierung des Staatshaushaltes, die immer noch nicht ausreichenden Einschnitte im Wohlfahrtsstaat und die verhaltene Finanzmarktreform. Die Experten äußerten sich in dem Bericht

auch skeptisch, ob die Reformen der Agenda 2010 ausreichen. Deutschland müsse langfristig vor allem dafür sorgen, dass mehr Leute bezahlter Arbeit nachgingen und länger arbeiteten. Das Rentenalter müsse erhöht, die Gesundheitskosten müssten gesenkt und die Arbeitsmärkte noch flexibler gestaltet werden, heißt es in dem Bericht.

Konsumklima bleibt kühl:

Mehr Beschäftigte rechnen mit Einkommenseinbußen oder fürchteten um ihren Job, berichtet die GfK in ihrer aktuellen Konsumklima-Studie. Entsprechend zurückhaltend entwickle sich die Verbraucherstimmung. Danach sanken nach einem leichten Aufschwung im September die Hoffnungen auf eine Konjunkturbelebung wie auch die Indikatoren für Einkommenserwartung und Anschaffungsneigung im Oktober wieder. Mit der Bereitschaft, größere Anschaffungen zu tätigen, sei daher in diesem Jahr bei den meisten Bürgern nicht mehr zu rechnen.

Hohe Energiepreise: Verbraucher und Unternehmen müssen in Deutschland einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge mehr

für Energie bezahlen in den meisten anderen Ländern Europas. Bei den Kraftstoffen ergibt sich die Preisdifferenz fast ausschließlich durch die in Deutschland höheren Steuern, während sie in der Strom- und Gaswirtschaft unter anderem auch auf unzureichendem Wettbewerb beruhen. Dem DIW zufolge legten die Energiepreise in Deutschland von 1996 bis August 2004 um gut 38% zu, in den 15 EU-Mitgliedstaaten vor der Osterweiterung insgesamt nur um gut 28%.

Weniger Insolvenzen: Die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland nimmt ab. Der Bundesverband deutscher Inkasso-Unternehmen rechnet mit 38 000 Insolvenzen. 2003 waren es 39 230. Der Schaden aus der Volkswirtschaft beträgt voraussichtlich bis zu 40 Mrd. Euro, wie der Verband berechnet hat. 600 000 Arbeitsplätze seien betroffen. Bei den Verbraucherinsolvenzen zeichnet sich indes mit 48 500 (Vorjahr: 33 609) Fällen ein neuer Höchststand ab.

Zigarettschmuggel verdoppelt: Der Zigarettschmuggel nach Deutschland hat sich nach der Tabaksteuererhöhung und der EU-Osterweiterung verdoppelt.

Während der der Schwarzmarktanteil 2003 bei 5% lag, ist er nach Angaben der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft in diesem Jahr auf rund 10% gestiegen. Durch die 11 Milliarden Stück geschmuggelter Zigaretten entstünde ein Steuerschaden von 1,1 Milliarden Euro. Der Cigarettenindustrieverband (VDC) verweist darauf, dass der Absatz von versteuerten Zigaretten seit 2001 um 30 Milliarden Stück auf 115 Milliarden gesunken ist.

Deutscher Exportmotor

verliert an Fahrt: Im September stieg der Wert der Warenausfuhren um 5,8 Prozent auf 61,9 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr, berichtete das Statistische Bundesamt am. Die Handelsbilanz – der Saldo aus Exporten und Importen – schloss im September mit einem Überschuss von 12,0 Milliarden Euro ab. Vor einem Jahr hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz noch 14,4 Milliarden Euro betragen.

Internet baut Stellenwert

in Europa deutlich aus. In Deutschland ist die Anzahl der Nutzer seit dem Jahr 2003 weiter um fünf Prozent auf insgesamt 52 Prozent der Bevölkerung gestiegen, teilte der Online-Vermark-

ter-Verband EIAA (European Interactive Advertising Association) mit. Deutschland liege damit auf Platz eins in Europa, noch vor Großbritannien (50 Prozent) und Frankreich (45 Prozent). Insgesamt gaben 42 Prozent der Befragten in der europäischen Studie an, täglich online zu sein.

Eurozone: 2005 wird die Wirtschaft in den zwölf Ländern der Eurozone laut Umfrage der Europäischen Zentralbank (EZB) voraussichtlich nur um zwei Prozent und 2006 dann um 2,1 Prozent wachsen. Hauptgrund für die Absenkung der Prognosen sei die erwartete Abschwächung der Weltkonjunktur, heißt es im aktuellen Monatsbericht der EZB.

Die Rentenversicherung-Beitragseinnahmen

sind auch im Oktober hinter den Planungen zurückgeblieben. Nach einer Statistik des Bundesversicherungsamtes sind bis Ende Oktober 0,4 Prozent weniger Rentenbeiträge ein als in den ersten zehn Monaten 2003 eingegangen. Dadurch klaffe schon jetzt eine rechnerische Lücke von 1,4 Milliarden Euro in der Rentenkasse. Halte der Trend an, droht laut «Bild» am Jahresende ein Minus von 1,7 Milliarden Euro.



WEB-TIPP

Plant die EU-Kommission wirklich neue Beschränkungen für den Alkoholverkauf an Minderjährige, wie in der Presse zu lesen war? Die Antwort lautet: noch nicht. Gewissheit schafft das neue EUR-Lex Portal. EUR-Lex bietet nach der Fusion mit der Datenbank Celex seit dem 1. November erstmals einen kostenfreien Zugriff auf sämtliche Rechtsdokumente der EU.

Neben dem Zugriff auf das EU-Amtsblatt liefert das Portal Links zu wichtigen Dokumenten wie dem Haushaltsplan der EU, internationalen Verträgen und parlamentarischen Anfragen. Darüber hinaus bietet EUR-Lex Dossiers zu aktuellen Rechtsthemen. Über eine Million Dokumente sind bereits in die Datenbank eingestellt. Auch kann sich der Nutzer hier grundsätzlich über das Gemeinschaftsrecht und die Entscheidungswege in der EU informieren.

■ <http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/index.htm>

Peter Rauen:

Exodus an Arbeitsplätzen geht weiter

Zu aktuellen Konjunkturerwartungen des ZEW erklärt der MIT-Bundesvorsitzende, Peter Rauen MdB:

„Die Konjunktur wird immer kurzatmiger. Schröder und Co. schnüren der Wirtschaft die Luft ab. Eine nachhaltige und durchschlagende Belebung ist nicht in Sicht. Das renommierte ZEW spricht sogar von einem „Einbruch der Konjunkturerwartungen“. Für uns Mittelständler ist die vorläufige Jahresbilanz verheerend. Nach 2003 wird auch 2004 ein völlig verkorkstes Jahr. Und wie der Trend beweist, durchschlagende Besserung ist 2005 nicht in Sicht.

Die rot-grüne Bundesregierung kann sich unser Land nicht länger leisten. Mit ihren ideologischen Irrwegen können Schröder und Co. Deutschland nicht aus der Krise herausholen. Wir brau-



Peter Rauen

chen den Aufschwung, um Wohlstand, Arbeitsplätze und die Chancen für unsere Volkswirtschaft zu sichern. Doch er muss viel kräftiger werden. Nur so kann der Druck auf den Arbeitsmarkt und die Lohnkosten genommen werden.

An zwei Stellen, die unweigerlich zusammengehören, muss dringend angesetzt werden: Die Brutto-Arbeitskosten sind immer noch nicht konkurrenzfähig und müssen

dringend gesenkt werden. Zudem müssen die arbeitenden Menschen wieder mehr Netto in der Tasche haben, damit die Binnenkonjunktur endlich wieder anzieht.

Dazu muss sich aber auch Vertrauen und Zuversicht gesellen. Dass sich aber die Stimmung bei Bürgern und Unternehmern bessert und wieder in Konsum und Investition umschlägt, dafür sind die Aussichten ebenso trübe wie für die Konjunktur. Ohne Arbeit gibt es kein Wachstum. Aber genau diese Arbeit stürzt Tag für Tag ab. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sinkt tagtäglich um knapp 2.000. Man kann bereits jetzt die Uhr danach stellen, dass aufgrund fehlender Beiträge die Rentenkasse bald nicht mehr zahlungsfähig ist und der Finanzminister einspringen muss.

HINTERGRUND: ZEW-INDIKATOR

Der Indikator des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) sank im November im Vergleich zum Vormonat deutlich um 17,4 Punkte. In den vergangenen zwei Jahren hatte es in der monatlichen ZEW-Umfrage keinen so starken Rückgang

bei der mittelfristigen Konjunkturerwartung gegeben. Die mehr als 300 befragten Experten gehen nun von einer Wachstumsverlangsamung bis kommenden Mai aus. Grund für den Pessimismus: die weiter schwache Binnennachfrage und der

starke Euro, der den Außenhandel belasten könnte. Für seine Erhebung befragte das ZEW in diesem Monat 304 Analysten und Anleger nach ihren Erwartungen für die Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung der kommenden sechs Monate.

EVP/ED-FRAKTION

Kommissionsvorschläge begrüßt

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, hat begrüßt, dass der künftige Kommissionspräsident Durao Barroso seinen Vorschlag für das neue Kommissionsteam vorgelegt hat.

Seine Fraktion hätte weitere Veränderungen für wünschenswert gehalten und bedauert, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten dem Kommissionspräsidenten nicht größeren Spielraum bei der Zusammenstellung seines Teams gegeben hätten.

Für die Zukunft sollte daher angestrebt werden, so Pöttering, dass die Regierungen dem Kommissionspräsidenten jeweils einen Alternativvorschlag für die Benennung des jeweiligen Kommissars eines Mitgliedstaates vorlegen.

Auf Grundlage des vorliegenden Vorschlages müssten jetzt die parlamentarischen Verfahren angewandt werden. Dies bedeute, dass Anhörungen der drei Personen, die von Änderungen der Portfolios betroffen sind, durchgeführt werden. Dabei werden die Ausschüsse zu prüfen haben, ob die designierten Kommissare ausrei-

chende Kompetenz in ihren Fachbereichen haben. „Die Anhörungen müssen genauso seriös vorbereitet und durchgeführt werden,

wie dies für die anderen designierten Kommissare der Fall gewesen ist“, erklärte Pöttering.

Als honorigen Schritt hat der Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer den Rückzug von Rocco Buttiglione vom Amt als EU-Kommissar bezeichnet, der nur akzeptabel sei, wenn er von weiteren Veränderungen in der künftigen Kommission begleitet werde.

„Buttiglione darf nicht zum Bauernopfer werden, auf dessen Verzicht sich die linken Fraktionen des Europäischen Parlaments am ehesten einigen können“, sagte Nassauer. Er betonte, die CDU/CSU-Gruppe betrachte es nach wie vor als ihr hervorragendes politisches Ziel, eine qualifizierte Europäische Kommission unter



Hans-Gert Pöttering



Hartmut Nassauer

Barroso ins Amt zu bringen. Die Chance auf eine breite Mehrheit habe Barroso nach der in der vergangenen Woche verschobenen Abstimmung, wenn neben dem Verzicht Buttiglionos weitere Konsequenzen aus den parlamentarischen Anhörungen gezogen werden. Nassauer sagte, Barroso habe durchaus die Chance, der stärkste Kommissionspräsident seit Jacques Delors zu werden. Dazu müsse die Chance, die ihm die Verschiebung der Abstimmung in der letzten Woche eingeräumt habe, entschlossen genutzt und eine von Schwachstellen beseitigte Europäische Kommission Arm in Arm mit dem Europäischen Parlament ins Amt gebracht werden. Diese Erwartung werde auch von der europäischen Öffentlichkeit weitgehend geteilt.

Spätabtreibungen vermeiden

Erklärung anlässlich der ersten Beratung des Antrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Vermeidung von Spätabtreibungen – Hilfen für Eltern und Kinder“:

Die Zahl der Spätabtreibungen nimmt seit dem Jahr 2000 kontinuierlich zu. Immer mehr Schwangerschaften werden nach der 22. Woche abgebrochen, obwohl dank moderner Medizin Kinder zu diesem Zeitpunkt bereits überlebensfähig sein können. Meistens ist eine zu erwartende Behinderung des Kindes der Grund. Dies ist eine Entwicklung, die wir unmöglich hinnehmen können.

Wir brauchen in unserer Gesellschaft einen Wertewandel in zweifacher Hinsicht: Zum einen müssen wir wieder verstärkt die Tatsache ins Bewusstsein rücken, dass Schwangerschaftsabbrüche dem Grunde nach eine Tötung und damit rechtswidrig sind, auch wenn sie unter gewissen Umständen straffrei bleiben. Ein geborenes Kind hat denselben Anspruch auf Schutz wie ein geborenes Kind. Zum anderen brauchen wir eine andere Einstellung zu Menschen mit Behinderungen. Wir dürfen Behin-

derte in unserer Gesellschaft nicht ausgrenzen.

Bereits im Juli 2001 hatten wir daher einen Antrag zur Vermeidung von Spätabtreibungen in den Deutschen Bundestag eingebracht, der von Rot-Grün jedoch abgelehnt wurde. Unsere Gespräche, die wir in den letzten Monaten mit den anderen Fraktionen im Bundestag geführt haben mit dem Ziel eines gemeinsamen Antrags, sind jetzt gescheitert, weil SPD und Grüne keinen Handlungsbedarf sehen. Deshalb ergreifen wir erneut die Initiative und fordern die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf zur wirksamen Vermeidung der so genannten Spätabtreibungen vorzulegen.

Kernforderungen unseres Antrages sind:

- Der gesetzgeberische Wille muss noch einmal klar gestellt werden, dass eine medizinische Indikation nur dann vorliegt, wenn die seelische oder körperliche Gesundheit der Mutter gefährdet ist. Denn eine Behinderung allein ist kein Grund für einen Schwangerschaftsabbruch.

- Die pränatale Diagnose muss mit einer umfassenden medizinischen und psychosozialen Beratung verbunden sein. Das gilt insbesondere auch bei einer prä-



Maria Böhmer

natalen Diagnose mit pathologischem Befund.

- Anstatt eines einzelnen Arztes sollte ein interdisziplinär besetztes Kollegium, z.B. aus den Bereichen Frauenheilkunde, Kinderheilkunde, Psychologie und Humangenetik, eine medizinische Indikation im Zusammenhang mit einer Behinderung des ungeborenen Kindes feststellen dürfen.

- Nach einer medizinischen Indikation ist bis zu einem Schwangerschaftsabbruch eine Bedenkzeit von drei Tagen einzuhalten, um den Eltern ausreichend Zeit für ihre Entscheidung zu geben.

- Das Arzthaftungsrecht ist zu überprüfen, denn es besteht die Befürchtung, dass das derzeitige Arzthaftungsrecht die Tendenz verstärkt, den Abbruch einer Schwangerschaft zu empfehlen, wenn eine Behinderung des Kindes vermutet wird. Wir brauchen daher eine Rege-

lung, die sowohl der Achtung vor dem Leben und der Würde des Kindes gerecht wird als auch die Einhaltung der ärztlichen Pflichten sicherstellt. Diese Forderungen müssen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Denn der Schutz des ungeborenen Kindes hat für uns oberste Priorität.

Maria Böhmer ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Selektive Statistik ohne Visionen für Ostdeutschland

Erklärung in der Debatte zum voraussichtlich letzten Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit:

Die von Bundesminister Stolpe fortwährend verbreitete Botschaft von einem positiven Trend im Osten Deutschlands hält einer genaueren Betrachtung nicht stand. Auch im Jahr 2003 ist das Wirtschaftswachstum über 0,2% nicht hinausgekommen. Die offizielle Arbeitslosenquote verharrt nahezu konstant bei 18,5%. Die Kommunen sind hoch verschuldet, was Handwerker und die regionale Industrie besonders hart trifft. Perspektivlosigkeit drängt junge, gut ausgebildete Menschen zur Abwanderung in

den Westen – ein alarmierender Zustand, dem der Bericht keine Zeile wert ist.

In der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Situation appelliert der Bundeskanzler an den Patriotismus seiner Landsleute. Die deutschen Konzerne sollten am Standort Deutschland produzieren und nicht in Billiglohnländer verlagern. Die Menschen in Ost und West müssen enger zusammenrücken und die nationale Aufgabe der Reformschultern.

Im Gegenzug will er dann den Tag der Deutschen Einheit einsparen. Das ist nur hilfloser Aktionismus ohne eine sich über ganz Deutschland wölbende Vision.

Dabei sollen positive Tendenzen in Ostdeutschland nicht übersehen werden. Das Verarbeitende Gewerbe entwickelt sich durchaus dynamisch mit soliden Wachstumsraten. Erste Branchenschwerpunkte und innovative Kompetenzfelder haben sich herausgebildet. Zuversichtlich stimmt auch, dass die Exportquote steigt, was nichts anderes bedeutet, als das sich ostdeutsche Unternehmen zunehmend auf dem hart umkämpften Weltmarkt durchsetzen können. Tatsache ist aber, dass die Industrie im Osten unseres Landes insgesamt nur auf kleiner Flamme kocht, was



Werner Kuhn

den positiven Trend stark relativiert.

Damit es endlich aufwärtsgeht, fordern wir mehr Engagement und Initiative für den Osten. Es muss ein ganzheitliches Konzept für mehr Wachstum und nachhaltigen Beschäftigungsaufbau her. Im Kern geht es um die gezielte Förderung unternehmerischen Handelns. Besonders zu adressieren sind die Finanzierungsprobleme ostdeutscher Unternehmen, Investitionen in Forschung und Bildung sowie eine wirtschaftsnahe Infrastruktur, ein effizientes Förderinstrumentarium und nicht zuletzt Vorschläge zur Deregulierung. Das sind die Themen, welche die ostdeutschen kleinen und mittleren Unternehmen wirklich bewegen. Der Jahresbericht 2004 aus dem Hause Stolpe bleibt das alles schuldig!

Genau wie einen Aufbau-minister Ost mit Entschei-

dungskompetenz. Die Interessen der Menschen in den neuen Ländern gehen immer wieder im Zuständigkeiten-wirrwarr und im Streit zwischen den vier verantwortlichen Bundesministerien unter. Die Formulierung einer ganzheitlichen Förderstrategie und ihre Umsetzung muss konzentriert werden!

Der Aufbau Ost braucht Zeit, was nicht zuletzt in der Laufzeit des Solidarpakts II bis 2019 zum Ausdruck kommt. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen muss dieser Prozess weiterhin parlamentarisch begleitet werden. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit auch zukünftig jährlich vorzulegen und sich der kritischen Auseinandersetzung mit Ihrer Politik für Ostdeutschland zu stellen.

Werner Kuhn ist der Berichterstatter für den Aufbau Ost der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

EU-Erweiterung: Grenzregionen müssen rot-grüne Fehler ausbaden

Die Bundesregierung hat Deutschland mangelhaft auf die EU-Erweiterung vorbereitet. Bereits vor

dem Beitritt am 1. Mai 2004 war klar, dass die mitteleuropäischen Beitrittsländer mit niedrigen Löhnen und grundlegend reformierten Steuersystemen eine sehr ernste Konkurrenz im Wettbewerb um Arbeitsplätze sind.

Nach dem 1. Mai hat sich dieser innereuropäische Standortwettbewerb weiter verschärft. Sechs Monate nach der EU-Erweiterung steht fest: Um die Chancen der Erweiterung nutzen zu können, müssen politische Weichenstellungen vorgenommen werden – die Erweiterung wird nicht als Selbstläufer zum Erfolg für Deutschland. Die Grenzregionen sind besonders betroffen. Entlang der 1.327 Kilometer langen Grenze befinden sich viele strukturschwache Regionen.

Um den Menschen in der Grenzregion eine Perspektive zu geben, muss der mitteleuropäische Wirtschaftsraum wieder hergestellt werden, der seit dem Zweiten Weltkrieg zerstört ist. Dazu braucht es eine grenzüberschreitende Infrastruktur.

Stichwort Verkehr: Der Rot-Grüne Bundesverkehrswegeplan ist chronisch un-



Michael Stübgen



Michael Kretschmer

terfinanziert und die Mautausfälle tun ihr übriges. Der Ausbau der Verkehrswege nach Mitteleuropa bleibt auf der Strecke. Das rächt sich jetzt. In einigen Regionen hat sich das Verkehrsaufkommen seit dem 1. Mai verdoppelt, zum Leidwesen der örtlichen Bevölkerung. Die Union hatte bereits im Vorfeld der Erweiterung gefordert, ein EU-Sonderprogramm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ aufzulegen. Außerdem gibt es zu wenig Grenzübergänge und Brücken: Bis 1945 gab es entlang der brandenburgisch-polnischen Grenze 22 Brücken, heute sind es noch zehn. In Sachsen sind zwischen Zittau und Bad Muskau von ehemals 37 nur 9 Brücken übrig geblieben.

Stichwort Tanktourismus: Viele Tankstellenpächter stehen vor dem Ruin, weil der Tanktourismus nach Polen und Tschechien seit dem 1. Mai 2004 boomt. Die Mineralölwirtschaft schätzt den Steuerausfall auf eine

Milliarde Euro und rechnet mit bundesweit 5000 bedrohten Arbeitsplätzen. Andere Europäer, etwa Italiener, haben gezeigt, wie man Tanktourismus erfolgreich unterbindet und der lokalen Bevölkerung hilft. Die Bundesregierung hingegen ignoriert das Problem.

Stichwort Fördergefälle: Deutschland steuert auf ein Desaster zu, sollten die Grenzregionen in der kommenden Förderperiode aus der EU-Förderung fallen. Ostdeutschland würde in eine Sandwich-Lage geraten: eingeklemmt zwischen den Höchstfördergebieten im Osten und den kapitalstarken Ballungs- und Produktionsräumen im Westen. Der Aufholprozess wäre auf einen Schlag beendet.

Die Bundesregierung muss mehr Engagement zeigen. Es reicht nicht, dass sich der Bundeskanzler am Tag des Beitritts mit seinem Kollegen im Dreiländereck trifft. Die Grenzregion braucht konkrete und nachhaltige Hilfen.

Michael Stübgen ist Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union, **Michael Kretschmer** ist Berichterstatter für Fragen der EU-Erweiterung und der Grenzregionen.

Massenhafte Visa-Kriminalität – Untersuchungsausschuss gefordert

Erklärung zum Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einen Untersuchungsausschuss „Visa-Kriminalität“ zu beantragen:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf ihrer gestrigen Fraktionssitzung einstimmig beschlossen, einen Untersuchungsausschuss „Visa-Kriminalität“ zu beantragen. Mit diesem schärfsten Instrument der parlamentarischen Kontrolle soll endlich Licht in die Umstände und Verantwortlichkeiten der massenhaften Schleusungen durch rechtswidrige Visa-Erteilung an Deutschen Botschaften in den vergangenen Jahren gebracht werden.

Zum Hintergrund: Das Landgericht Köln hat in einem diesjährigen Urteil festgestellt, dass die Bundesregierung in bisher unbekanntem Ausmaß Schleuserkriminalität gefördert hat. Das Gericht spricht wörtlich von einem „kalten Putsch der politischen Leitung des Auswärtigen Amtes gegen die bestehende Gesetzeslage“. Das ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein einmaliger Vorgang.

Anstatt diese Missstände aufzuklären und zu beseitigen, versucht die Bundesregierung, diese Missstände zu bagatellisieren und unter den Tisch zu kehren. Die Vorgänge ziehen hingegen immer weitere Kreise. Mittlerweile ermitteln die Staatsanwaltschaften in Köln und Berlin gegen Bedienstete der Bundesregierung. Die Staatsanwaltschaft Köln ermittelt Presseberichten zufolge sogar gegen einen Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes wegen des Verdachts der Beihilfe zur gewerbsmäßigen Schleusung durch Unterlassen.

Eine Schlüsselrolle spielt in diesem Zusammenhang ein auf Anweisung von Bundesaußenminister Fischer erlassener Erlass des Auswärtigen Amtes vom 3. März 2000 (Fischer/Volmer-Erlass). Fischer hat in diesem Erlass die Deutschen Botschaften anweisen lassen, Ausländern auch bei Zweifeln an den gesetzlichen Erteilungsvoraussetzungen ein Visum zu erteilen. „In dubio pro libertate – im Zweifel für die Freiheit“, sollten die Botschaften entscheiden. Dieser Erlass widersprach dem Schengenabkommen und stellt einen Bruch der europarechtlichen Verpflichtungen dar.

Dieser Erlass missachtete zudem die deutschen Sicher-

heitsinteressen und hatte zur Folge, dass insbesondere aus der Ukraine massenhaft und ungehindert als Touristen getarnte Schwarzarbeiter und später zur Prostitution gezwungene Frauen nach Deutschland und in andere Schengen-Staaten einreisten.

Im Juli 2002 sind nach bisherigen Erkenntnissen sogar Tschetschenen, die an dem späteren Attentat auf das Moskauer Musicaltheater beteiligt waren, mit Billigung der Deutschen Botschaft in Moskau nach Deutschland eingereist, obwohl entsprechende Warnhinweise der russischen Sicherheitsbehörden vorlagen.

Der Ausschuss wird daher untersuchen, in wie weit die Visa-Praxis an deutschen Auslandsvertretungen die innere Sicherheit in Deutschland gefährdet. Dabei geht es sowohl um den Bereich der inneren Sicherheit, die durch die unkontrollierte Einschleusung von Kriminellen oder Terroristen gefährdet wird, um das schlimme Kapitel der Zwangsprostitution und die Gefährdung der sozialen Sicherheit, die durch die massenhafte Einschleusung von Schwarzarbeitern stattfindet.

Seit Jahren liegen Berichte des Bundesgrenzschutzes, des Bundeskriminalamtes, der EU und ande-

rer Schengenstaaten vor, die auf diese inakzeptablen Zustände an den Deutschen Botschaften hinweisen. Das Auswärtige Amt hat diesen Zuständen nicht abgeholfen. Auch die jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung, die aufgrund des parlamentarischen Vorgehens der Union getroffen wurden, sind nicht geeignet, den Missständen abzuhelfen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat seit dem 11. Februar 2004 über 100 schriftliche und mündliche Fragen an die Bundesregierung gestellt. In vier Fragestunden des Deutschen Bundestages, mit einer Kleinen und einer Großen Anfrage wurde versucht, die Affäre aufzuklären. Bisher mauert die Bundesregierung: Unklar ist, weshalb Bundesinnenminister Schily von Bundesaußenminister Fischer an der Erarbeitung des Fischer/Volmer-Erlasses nicht beteiligt wurde. Unklar ist, weshalb Innenminister Schily seine gegen den Fischer/Volmer-Erlass bestehenden Bedenken nicht durchsetzen konnte. Unklar ist, weshalb das Bundeskanzleramt eine inhaltliche Diskussion des Fischer/Volmer-Erlasses im Bundeskabinett verhindern wollte. Unklar ist insgesamt, warum die Bundesregierung trotz der vielen Hinweise aus dem



Eckhard von Klaeden

In- und Ausland es bisher unterlassen hat, alles zu tun, um diese Missstände abzustellen.

Wir wollen mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss das gesamte Ausmaß der Missstände aufklären und die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer Visa-Politik zwingen, die wieder die Sicherheit und die Interessen Deutschlands an die erste Stelle rückt.

Eckart von Klaeden ist
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Das Wichtigste von der
Bundestagsfraktion in
Kürze:

- ▶ „Fraktion Direkt vom
12. November 2004“
- ▶ „Bericht der Frakti-
onsvorsitzenden
vom 9. November
2004“

www.cducusu.de

Bestellschein > Dankmedaille

Union Betriebs-GmbH
Postfach 1190

53348 Rheinbach



Die Lieferung wird erbeten
gegen Rechnung an folgende Anschrift:

(Bitte keine Postfachanschrift!)

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Als Erinnerung und zum Dank bei vielen Anlässen

Die **Vorderseite** mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel und dem CDU-Logo in der Mitte.

Die **Rückseite** mit umlaufender Schrift „Christlich Demokratische Union Deutschlands – Zum Dank“ und dem stilisierten Konrad-Adenauer-Haus in der Mitte.

Anzahl	Material	Beschreibung
	Bronze	massiv geprägt, 50 mm Durchmesser, paniert, im Etui Stückpreis 15,00 Euro , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung. Preise für Namensgravur und Beschriftung der Etuis auf Anfrage.
	Feinsilber 999	massiv spiegelglanzgeprägt, 40 mm Durchmesser, 23 g, im Etui, Stückpreis 35,00 Euro , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.

Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, dass ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG-Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum / Unterschrift

So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen stehen Ihnen jederzeit zu Verfügung:

Dieter Ritzdorf Telefon: 02226-802-300

Sonja Bach-Meiers Telefon: 030-22070-271

Gern helfen wir Ihnen auch bei der Gestaltung und Durchführung von anderen Druckerzeugnissen!

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
druckerei@ubg-medienzentrum.de



Sonderpreis

Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: **9300**

Preis je **Stück: 2,00 €**

inkl. MwSt.: 2,32 €



Sonderpreis

Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: **2867**

Preis je **25 Stück: 8,00 €**

inkl. MwSt.: 9,28 €



Sonderpreis

Kerzenstumpen

Bestell-Nummer: **9700**

Preis je **24 Stück: 14,00 €**

inkl. MwSt.: 16,24 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie 34 x 25 mm, Rolle à 100 Stück

Bestell-Nummer: **0307**

Preis je **Rolle: 3,80 €**

inkl. MwSt.: 4,41 €



Sonderpreis

CDU-Geschenkbund

10 mm x 25 mm

Bestell-Nummer: **0306**

Preis je **Rolle: 4,00 €**

inkl. MwSt.: 4,64 €



Sonderpreis

CDU-Geschenkpapierrolle

75 cm x 10 m

blau: Bestell-Nummer: **0302**

rot: Bestell-Nummer: **0303**

Preis je **Rolle: 4,00 €**

inkl. MwSt.: 4,64 €



Sonderpreis

Sektflaschentasche

blau: Bestell-Nummer: **0304**

rot: Bestell-Nummer: **0305**

Preis je **25 Stück: 9,00 €**

inkl. MwSt.: 10,44 €



Aktionstipp

...für die kalte Jahreszeit!

Setzen Sie für vorweihnachtliche Aktionen unseren beliebten Porzellanbecher ein. Ob CDU-Veranstaltungen oder Straßencanvassing, er ist ideal für die kalte Jahreszeit. Laden Sie mit Kaffee oder Glühwein Bürger zum Verweilen und Gesprächen an Ihren CDU Stand ein. Verteilen Sie mit einem weihnachtlichen Gruß z.B. unsere Kerzenstumpen.

Sonderpreis

Tasse „Jammert mir nichts vor,
ich habe **CDU** gewählt“

Bestell-Nummer: **9514**
Preis je **6 Stück: 5,00 €**
inkl. MwSt.: 5,80 €



„Gute Fahrt und eine schöne Weihnachtszeit“ – unter diesem Motto lässt sich der Straßenatlas bei Aktionen gleich mitverteilen.

Sonderpreis

Straßenatlas Deutschland

Mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**
Preis je **10 Stück: 5,00 €**
inkl. MwSt.: 5,80 €

